

1 Volkspartei CDU – Wir für morgen!

2

3 I. Zukunft der Volkspartei CDU

4 Der CDU-Landesvorstand bekräftigt das Ziel, die CDU als moderne Volkspartei zu
5 gestalten.

6 **Dafür wird die CDU Schleswig-Holstein ihr politisches Profil schärfen.** Sie wird
7 deutlich sagen, wofür sie steht. Dies betrifft die Kernbotschaften, aber auch
8 Aussagen zu einzelnen Themenfeldern. Sie ist die Partei aller Generationen.

9 Die CDU Schleswig-Holstein ist eine Volkspartei, die den Menschen aller
10 Generationen in Schleswig-Holstein eine politische und gesellschaftliche Heimat
11 bietet. Im ländlichen Raum oder in der Stadt sollen sie Möglichkeiten vorfinden,
12 sich einzubringen und direkt mitzuwirken. Gemeinsam mit unseren CDU-
13 Mitgliedern und anderen Interessierten wollen wir bürgernah Diskussionen über
14 die programmatische Ausrichtung unserer Partei führen. Dabei werden wir auch
15 neue Beteiligungsprozesse anbieten und nutzen, um uns schlagkräftig mit den
16 politischen Mitbewerbern auseinander zu setzen. Die CDU bekennt sich zur
17 repräsentativen Demokratie. Sie steht zum Verantwortungsprinzip gewählter
18 Volksvertreter auf allen politischen Ebenen.

19 Die CDU Schleswig-Holstein bekennt sich zur Generationengerechtigkeit als
20 oberste Maxime des politischen Handelns. Die bevorstehenden gesellschaftlichen
21 Veränderungen durch den demographischen Wandel stellen Schleswig-Holstein vor
22 große Herausforderungen. Die CDU Schleswig-Holstein wird daher eine
23 nachhaltige und generationengerechte Politik zur Grundlage aller zukünftiger
24 Wahl- und Regierungsprogramme machen.

25

26 a. Selbstverständnis und Grundwerte

27 Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich den Anspruch, im Selbstverständnis
28 einer lebendigen, offenen Volkspartei zu arbeiten und das Ziel, bei der
29 Landtagswahl 2017 die Koalition aus SPD/Grünen und SSW abzulösen, um
30 Schleswig-Holstein besser zu regieren.

31 Die CDU kann nur als Volkspartei der Mitte Erfolg haben. Sie muss dabei aber
32 auch sehr intensiv beachten und beobachten, was sich außerhalb dieses
33 Bereiches tut. Das Wählerpotential von Grünen, Piraten, AfD und der Linken
34 liegt in etwa bei 20 - 25 Prozent, vielleicht auf Dauer noch höher.
35 Unzufriedenheit mit der CDU in Schleswig-Holstein kommt weniger der SPD als
36 offenbar kleinen Parteien zugute oder führt zur Nichtteilnahme bei Wahlen.

37 Die Säulen der CDU sind sowohl die Wirtschafts- wie die Sozialpolitik. Nur
38 beide zusammen machen den Charakter als Volkspartei nachhaltig erkennbar.

39 Mit den Aussagen konkurrierender Parteien muss sich die CDU politisch
40 auseinandersetzen. Und dies nicht nur bei traditionell als CDU-Themen
41 angesehenen Politikbereichen wie der Wirtschafts- und Verkehrspolitik. Es ist
42 politische Aufgabe, durch argumentative Auseinandersetzung Wählerinnen und
43 Wähler zurückzugewinnen, die sich in der Vergangenheit anderen Parteien
44 zugewendet haben.

45 Die CDU muss wieder mehr über Werte sprechen und danach handeln. Eine
46 Gesellschaft bedarf Werte und Normen. Politische Entscheidungen und
47 politisches Handeln sind daran zu orientieren. Unverzichtbare Leitlinien sind:
48 Die Würde des Menschen ist unantastbar. Toleranz im politischen Dialog. Der
49 Mensch ist wichtiger als die Sache. Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital.

50 Gerade eigentlich „treue“ CDU-Mitglieder und –Wähler vermissen dies
51 teilweise. Die Mitgliederverluste liegen nicht nur im demografischen Faktor
52 begründet, sondern haben auch andere Ursachen. Dazu zählt, dass Positionen
53 der CDU unzufriedenen Mitgliedern als „beliebig“ erscheinen. Die CDU muss in
54 der Parteiarbeit und in der öffentlichen Darstellung dem entgegenwirken.
55 Deshalb unterstützt die CDU Schleswig-Holstein z.B. die Volksinitiative für den
56 Gottesbezug in der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung.

57 Die CDU in Schleswig-Holstein muss sich stärker den Problemen vor Ort und
58 der Lebensrealität der Bürger stellen. Dies besonders für manche Städte oder
59 Stadtteile, aber auch in nicht wenigen ländlichen Bereichen. Auch dort
60 verändern sich Einwohnerstrukturen, auch dort muss die CDU es schaffen,
61 Gesprächspartner möglichst vieler Bürger zu sein. Dies fällt allerdings nicht
62 selten immer schwerer, weil andere Parteien die Alters-, Familien- und
63 Berufsstrukturen vor Ort bei sich besser „abbilden“ und entsprechend bei einem
64 Teil der Bürger problemnäher oder einfach menschlich näher agieren. Das
65 Miteinander, das Füreinander wird immer wichtiger. Dazu zählen zum Beispiel
66 auch Probleme, die unsere ausländischen Mitbürger und deren Kinder haben.

67 Arbeitskreise und Kommissionen zum Beispiel zu den Themen und Problemen
68 der Städte haben in den letzten Jahren kaum etwas bewirkt, womit nicht
69 unterstellt werden soll, dass dies die Absicht bei Einrichtung derselben war.
70 Dies gehört aber zu einer sachverhaltsehrlichen Analyse, wenn sie
71 Ausgangslage für Verbesserungen sein soll. Die Veranstaltungsreihe
72 "Stadtgespräch" zu städtischen Themen mit fünf Veranstaltungen bis zur
73 Landtagswahl 2017 verfolgt eine andere Vorgehensweise und bringt
74 interessante Gesprächspartner aus der Union mit Vertretern von Vereinen und
75 Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern aus den Städten zusammen..

76 2012 verzeichnete die CDU Schleswig-Holstein mit 30,8 Prozent ihr
77 schlechtestes Landtagswahlergebnis seit 1950. Von 1000 Wahlberechtigten
78 wählten 186 CDU. Bei der Europawahl im Mai 2014 musste die CDU Schleswig-
79 Holstein ein Minus von 3,5 % gegenüber der Wahl von vor fünf Jahren

80 verbuchen. Zwar liegt das Ergebnis im Bundestrend. Es zeigt aber auch, dass es
81 bislang nicht gelungen ist, der Wähler-Akzeptanz der CDU in Schleswig-
82 Holstein eine Wende zu geben. Dabei zeigen die Wahlergebnisse der
83 Kommunalwahl und der Bundestagswahl 2013 mit 38,9 % bzw. 39,2 %, dass
84 bessere CDU-Ergebnisse in Schleswig-Holstein sehr wohl möglich sind. Diese
85 wollen wir auch bei der Landtagswahl 2017 erreichen.

86 Die CDU Schleswig-Holstein ist sich dessen bewusst, dass dies zu erreichen
87 nicht einfach ist und es erheblicher Anstrengungen wie auch Veränderungen
88 bei sich selbst bedarf.

89

90 b. Parteiarbeit und Diskussionskultur

91 Der CDU-Landesverband muss seine Organisations- und Aufbaustruktur sowie
92 seine Finanzierung weiterentwickeln. Die Kommunikationswege müssen
93 entsprechend der zur Verfügung stehenden neuen Medien optimiert werden.
94 Hierzu müssen die Geschäftsstellen entsprechend ausgestattet und dürfen
95 nicht nur „Verwaltungszentrale“ der Partei sein. Die Qualifikation und
96 Ausbildung des hauptamtlichen Personals muss eine besondere
97 Berücksichtigung finden. Optimierung der Organisationsstruktur bleibt
98 Daueraufgabe der Partei. Das Thema wird u.a. im Abschlussbericht der
99 Projektgruppe Kampagnenfähigkeit behandelt.

100 Die CDU muss weiterhin den Anspruch haben, ehrenamtliche und
101 hauptamtliche Ämter zu bekleiden. Dazu brauchen wir gute
102 Rahmenbedingungen, die es den Mitgliedern leichter machen, Verantwortung
103 zu übernehmen. Hierbei wollen wir die gute Zusammenarbeit der
104 Vereinigungen mit der Mutterpartei fördern.

105 Seit langem sinkt die Zahl der CDU-Mitglieder kontinuierlich - um
106 durchschnittlich etwa 1.000 netto pro Jahr. Sie liegt inzwischen bei rund 21.000.
107 Dies ist nahezu eine Halbierung seit den Jahren mit den höchsten
108 Mitgliederzahlen der CDU Schleswig-Holstein vor knapp 30 Jahren. Hält die
109 Entwicklung weiter an, muss eingeschätzt werden, dass in 10 Jahren weniger als
110 10 000 Mitglieder der CDU Schleswig-Holstein angehören. Mitgliederwerbung
111 muss eine höhere Bedeutung auf allen Ebenen der Partei bekommen. Dazu wird
112 auch der "Tag der Ortsverbände" einen Schwerpunkt bilden.

113 In Kenntnis des gestiegenen Durchschnittsalters der CDU-Parteimitglieder und
114 der sinkenden Mitgliederzahlen muss unsere Aufgabe sein, die eigenen
115 Wählergruppen und Sympathisanten anzusprechen, einzubinden und als
116 Mitglieder zu gewinnen - aus allen gesellschaftlichen Bereichen und allen
117 Generationen. Hierbei sollte inhaltlich der Fokus im Besonderen auf jüngere
118 Menschen, Familien und vor allem auf Frauen gerichtet werden. Um jedoch für
119 diese Zielgruppe attraktiver und wählbarer zu werden, muss die CDU passende

120 Antworten auf deren besondere Fragen und Bedürfnisse bieten. Hierzu gehören
121 gute Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt und in der Daseinsvorsorge.

122 Zum Kern-Charakter einer Volkspartei gehört das Ringen um politische
123 Positionen. Beschlüsse werden in einer Partei - jedenfalls auf Dauer - intensiver
124 und geschlossener getragen und umgesetzt, wenn diese nicht von oben
125 „verordnet“, sondern erarbeitet werden. Dies muss in einer offenen und fairen
126 Diskussionskultur geschehen, die zumindest in wesentlichen Fragen eine breite
127 Meinungsbildung beinhaltet und wirklich für unterschiedliche
128 Diskussionsbeiträge, Ansätze und Ideen offen ist. Eine Partei, die nicht mehr
129 ausreichend diskutiert, stärkt sich nicht, sondern schwächt sich auf Dauer. Die
130 CDU Schleswig-Holstein muss eine diskutierende, um gemeinsame Positionen
131 ringende und dann handelnde Partei sein. Die CDU Schleswig-Holstein braucht
132 mehr Diskussionen. Der CDU-Landesvorstand muss mehr politisch inhaltlich
133 diskutieren. Er trägt in seiner Gesamtheit Führungsverantwortung.

134 Zur Landtagswahl 2009 wurde das Wahlprogramm noch nicht einmal auf einem
135 Landesparteitag beschlossen. Auch 2012 fand eine wirklich breite und intensive
136 Diskussion im Vorfeld des Husumer Landesparteitages nicht statt. Die nicht
137 selten geäußerte Bemerkung, Programme würden ja ohnehin kaum gelesen,
138 mag nicht immer falsch gewesen sein. Die Zeiten haben sich jedoch geändert.
139 Die Zahl der Stammwähler sinkt, die Bereitschaft von Wählern, bei Wahlen
140 unterschiedlich abzustimmen, steigt. Der Prozess der Programmberatung zur
141 Landtagswahl 2017 wird die Zielsetzung einer breiten, bürgernahen Diskussion
142 aufnehmen.

143

144 c. Demokratie und Parlament

145 **13. Transparenz und mehr Aktualität fördern politische Akzeptanz**

146 Politisches Handeln bedarf der Transparenz, weil dies sonst zu Lasten der
147 Glaubwürdigkeit geht. Möglichen Interessenskollisionen ist zu begegnen. Nach
148 einer Tätigkeit in Regierung oder Parlament sollte für einen Zeitraum von drei
149 Jahren in allen Bereichen eine Tätigkeit untersagt sein, zu denen zuvor
150 Arbeitskontakte bestanden. Verstöße sollten zu finanziellen Sanktionen führen.

151 Beiträge im Landtag sind in der Regel frei, also anhand von Stichwort-Zetteln,
152 zu halten. Heute ist es häufig so, dass sie abgelesen werden. Dies sorgt für
153 Langeweile.

154 Zwischen den jeweils dreitägigen Plenarberatungen sollte eine eintägige
155 Sitzung stattfinden. Der Landtag wäre aktueller, er wäre attraktiver.

156 Auf der Tagesordnung stehende Punkte sollten in der dafür vorgesehenen
157 Sitzung abgearbeitet werden. Das „Schieben“ führt zu Frust und Aktualitäts-
158 Verlusten.

159 Berichte der Landesregierung sind häufig informativ und ansprechend, aber
160 auch sehr lang. Viele Bürger bekommen davon kaum oder wenig Kenntnis.
161 Durch eine Kurzfassung würde dieses erleichtert.

162 Eine Partei darf auch Interessen vertreten. Einzelinteressen dürfen aber nicht
163 vor der Gesamtverantwortung stehen. Hier sollte die CDU Maßstäbe setzen.

164

165 II. Die CDU – modern und konservativ

166 Der Landesvorstand bekräftigt das Ziel, die CDU Schleswig-Holstein als lebendige
167 und diskutierende Partei zu gestalten. Deshalb geht der Beschlussfassung des
168 Landtagswahlprogramms eine anderthalbjährige Arbeits- und Diskussionsphase
169 voraus, die mit dem Einsetzen der Programmkommission im März 2015 begonnen
170 hat.

171 Ohne diesem Diskussionsprozess vorzugreifen, hält die CDU Schleswig-Holstein es
172 für wichtig, dass im Rahmen der Arbeit der Programmkommission über die
173 Positionierung der Partei in den folgenden Bereichen debattiert wird:

174 1) Leben, Lernen und Arbeiten in Schleswig-Holstein

175 Die CDU Schleswig-Holstein ist eine Volkspartei, die den demographischen Wandel
176 mit all seinen Herausforderungen erfolgreich bewältigen will. Schleswig-Holsteiner
177 jeden Alters müssen in angemessener Nähe alle Leistungen vorfinden, die sie für
178 ein lebenswertes Leben benötigen.

179 Insgesamt werden wir in unserem Land weniger Menschen, aber einen immer
180 größer werdenden Teil an älteren Menschen haben. Zusätzlich haben wir in
181 unserem Bundesland regional unterschiedliche Entwicklungen.

182 Unser Ziel ist es, Menschen in allen Regionen des Landes Heimat und Zukunft zu
183 geben. Arbeiten und Leben soll in Städten und Dörfern gleichermaßen möglich
184 sein. Dies bedarf der Differenzierung. Wir erkennen die unterschiedlichen
185 Bedürfnisse im städtischen und ländlichen Bereich. Wir sind uns bewusst, dass wir
186 verschiedene, auf diese Heterogenität eingehende Wege gehen müssen.

187 Es wird eine Herausforderung für die Kommunen sein, diese Angebote an allen
188 Orten im Land darzustellen. Wir als Union nehmen diese Herausforderung an. Eine
189 verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Kommunen wird dazu notwendig sein.
190 Wir können diese Aufgabe nur gemeinsam meistern und auch nur gemeinsam die
191 Chancen nutzen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben.

192 Das Soziale muss in der CDU Schleswig-Holstein deutlich erkennbar werden. Eine
193 offensive Positionierung ist angezeigt - ob bei Kinder- und Altersarmut, Pflege oder
194 den Problemen, die Menschen in Not oder mit geringen Einkünften haben. Eine
195 gute Grundlage ist das 2004 von der CDA erarbeitete und im Wesentlichen
196 seinerzeit von der CDU auf dem Landesausschuss auch mitbeschlossene Papier

197 „Die Soziale Balance wahren“. Seine Inhalte sollten fortgeschrieben und dann auch
198 politisch „gelebt“ werden. Dies würde die CDU Schleswig-Holstein wahrnehmbar
199 breiter in der Kompetenz „aufstellen“. Die soziale Balance in einer Gesellschaft ist
200 Grundlage für Gerechtigkeit und sozialen Frieden. Wer in Not ist, darf deshalb nicht
201 neben der Gesellschaft stehen.

202 Vielen Menschen geht es gut. Bei anderen gibt es Verunsicherungen und Sorgen -
203 um den Arbeitsplatz, um die wirklich Schwachen, um das Leben im Alter, um die
204 Absicherung gesundheitlicher Risiken.

205 Rund 100.000 Menschen sind in Schleswig-Holstein von privater Insolvenz
206 betroffen. Jedes 7. Kind erlebt sein Heranwachsen unter Armutsbedingungen. Sie
207 bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit, Begleitung und Unterstützung.

208 Alle Menschen sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Staatliche
209 Hilfe erfolgt dort, wo die eigene Leistungsfähigkeit für ein menschenwürdiges
210 Leben nicht reicht. Soziale Leistungen unterliegen aber auch dem Gebot
211 eigenverantwortlichen Handelns, wo dies möglich ist und zumutbar gefordert
212 werden kann.

213

214 a. Familie

215 **Eltern tragen Verantwortung für ihre Kinder.** Kinder sind uns wichtig - weil wir
216 sie lieben, aber auch, weil unsere Zukunft mit von ihnen abhängt.

217 Wo Kindeswohl in Gefahr ist, sind alle gefordert, mit wachen Blicken und ggf.
218 durch staatliche Intervention bzw. Beauftragte tätig zu werden. Seelischen und
219 körperlichen Verletzungen von Kindern ist von Anfang an energisch zu
220 begegnen.

221 Förderung und Fürsorge für Kinder und Jugendliche ist Elternrecht und -pflicht,
222 erfordert aber auch die Unterstützung von Erziehern, Lehrkräften,
223 Bildungsträgern, Land, Kreisen, Städten und Gemeinden. Sie muss vom
224 Kindergarten bis zur Ausbildung oder zum Studium einbezogen werden.

225 Gute Startchancen für alle Kinder sind keine Wohltätigkeit des Staates, sondern
226 ein Gebot der Gerechtigkeit.

227 **Die Familie muss wieder Taktgeber des Lebens sein. Ihre Bedürfnisse und**
228 **Notwendigkeiten sind den Erfordernissen der Arbeitswelt nicht nachgeordnet.**
229 **In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollte die Kinderbetreuung z.B. durch**
230 **mehr Betriebskindergärten ausgebaut werden und Öffnungszeiten von**
231 **Kindergärten und Ganztagsangebote in Schulen bestmöglich auch auf die**
232 **Bedürfnisse der Eltern und der Arbeitswelt abgestimmt sein.**

233 Jüngere Menschen wollen zunehmend nicht nur Karriere, sondern auch
234 persönliche Zufriedenheit und Lebensverwirklichung. Unbefristete Verträge im

235 Arbeitsleben und berufliche Sicherheiten sind auch deshalb wichtig, um in die
236 Familienphase eintreten zu können. Elternzeiten dürfen für Arbeitnehmerinnen
237 und Arbeitnehmer keine beruflichen Nachteile mit sich bringen. Wir wollen
238 junge Familien stärken und sie ermuntern, Eltern zu sein. ·Die
239 Wiederbeschäftigung von Müttern und die Erwerbstätigkeit von Frauen sollte
240 gefördert werden. Erziehungsleistungen der Eltern sollten in der
241 Rentenversicherung berücksichtigt werden.

242

243 b. Gesundheit und Pflege

244 Unsere Gesellschaft muss sich intensiver mit der Pflege auseinandersetzen.
245 Nicht immer werden Bedeutung, Notwendigkeit und Wert hinreichend
246 gewürdigt.

247 Das Thema geht uns aber alle an und berührt früher oder später einen großen
248 Teil der Bevölkerung. Pflege ist und bleibt ein Thema in Generationen-
249 Verantwortung. Sie ist und bleibt aber auch eine gesamtgesellschaftliche
250 Aufgabe.

251 Zur Generationen-Verantwortung gehört auch, sich zum Eltern zu kümmern
252 und ggf. einen Beitrag zur Pflege zu leisten. Die Arbeitswelt muss
253 Familienangehörigen auch tatsächlich zeitlich und finanziell die Möglichkeiten
254 eröffnen, Pflege leisten zu können. Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche
255 Aufgabe. Es bedarf weiterer Hilfen für Pflegebedürftige und deren Angehörige.
256 Die Bundesregierung hat mit ihren Beschlüssen zu Pflegeverbesserungen ab
257 2015 einen guten Schritt vollzogen

258 Altersdemenz steigt deutlich an. Deren besondere Anforderungen bedürfen
259 einer entsprechenden Berücksichtigung auf der Leistungsseite. Neue
260 Wohnformen zwischen ambulant und stationär müssen entwickelt und
261 gefördert werden. Die CDU Schleswig-Holstein unterstützt die CDU-Initiative,
262 durch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff die Bedürfnisse der Betroffenen
263 besser abzubilden.

264 Prävention und Rehabilitation benötigen eine breite Unterstützung und
265 Förderung.

266 Ältere Menschen sollten möglichst lange in ihrem vertrauten Wohnbereich
267 leben können, sofern sie dies wünschen. Im Wohnungsbau sollten Wohnformen,
268 die dies ermöglichen, stärker gefördert werden. Insgesamt sollte eine
269 Förderung und Stärkung häuslicher Pflege stattfinden.

270 Um eine höchstmögliche Qualität in der Pflege zu erreichen, müssen die
271 Pflegeberufe weiterentwickelt und attraktiver gemacht werden. Gute
272 Pflegekräfte können in der Regel nur gewonnen und in ihrem Beruf gehalten
273 werden, wenn eine gute Entlohnung erfolgt. Pflegebetreuung erfordert

274 qualifizierte Kräfte. Die Quote ausgebildeter Fachkräfte sollte höher als 50 %
275 sein.

276 Aber auch Menschen, die vor allem durch Zuwendung und praktische
277 Fähigkeiten ihre Eignung für die Pflege unter Beweis gestellt haben, muss der
278 Zugang zu dem Beruf offen stehen.

279 Die Zahl der Ausbildungsplätze in der Pflege muss bedarfsgerecht sein. Daran
280 müssen sich die Förderungen orientieren. Pflege-Ausbildung muss den gleichen
281 Stellenwert wie andere Ausbildungsberufe haben.

282

283 c. Bildung

284 In Bildungsfragen muss die CDU wieder die Meinungsführerschaft im Land
285 gewinnen. Die CDU Schleswig-Holstein hat ihre bildungspolitischen Positionen
286 im Beschluss „Schulpolitik vom Kind her gedacht“ dargelegt. Im Rahmen der
287 Programmarbeit wird dieser Beschluss aktualisiert werden. Das Be- und
288 Umsetzen von Begriffen wie „Bildungsqualität“ und „Chancen“, „Sozialer
289 Aufstieg“ ist gerade in diesem Bereich von politischer Wichtigkeit. Die aktive
290 Mitarbeit innerhalb der Eltern- und Lehrerschaft wird angeregt.

291 **Wesentlicher Kern der Fortentwicklung unserer Gesellschaft ist die Aus- und**
292 **Fortbildung aller Menschen. Die Inhalte der Bildungspolitik haben sich an den**
293 **ständig ändernden Bedingungen in unserer globalen Welt auszurichten.**

294 Eine gute Bildung ist meist die Basis beruflicher Entwicklung. Investitionen in
295 Bildung sind Zukunftsinvestitionen. Bildung darf nicht vom Einkommen der
296 Eltern abhängen.

297 Die Schul-Realität erfordert, den Planstellen-Abbau weniger weit reichend
298 vorzunehmen. Eine ehrliche Analyse des Stundenausfalls ist notwendig - die viel
299 gepriesene Statistik, nach der unter 3% der Unterrichtsstunden ausfallen, ist
300 nicht die Realität.

301 Schulen in Schleswig-Holstein brauchen mehr Ruhe und Planungssicherheit. Die
302 Verunsicherungen von Eltern, Schülern und Lehrern müssen ein Ende haben.
303 Durch Strukturveränderungen erreicht man noch keinen PISA-Spitzenplatz.
304 Andere Entwicklungsschritte sind notwendig.

305 **Jedes Kind in unserem Land verdient hierbei die besten Startchancen, um sich**
306 **und seine Fähigkeiten bestmöglich entwickeln zu können. Wir wollen jedes Kind**
307 **entsprechend seiner Möglichkeiten fördern und fordern.**

308 Wir setzen uns weiter dafür ein, dass das Bildungsniveau in Deutschland
309 angehoben, angeglichen wird und insbesondere Prüfungen bundeseinheitlichen
310 Standard erhalten. Die Förderung des dualen Bildungssystems steht im

311 Blickpunkt. Bildung muss auf das Leben vorbereiten, da Bildung auch als Basis
312 der Lebensverwirklichung anzusehen ist.

313 Lehrpläne sind zu entschlacken. Schule hat nicht die Aufgabe, Inhalte eines
314 Studiums oder einer Ausbildung vorwegzunehmen, sondern den Schüler/innen
315 diese Möglichkeiten zu eröffnen.

316 Wir benötigen differenzierte vielfältige und durchlässige Schulangebote, die
317 den Fähigkeiten und dem Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler am
318 besten entgegenkommen. Die an sie gestellten Herausforderungen müssen sich
319 darin widerspiegeln. Die rot-grüne Einheitsschule ist ein Irrweg.

320 Im Grundschulbereich ist Ortsnähe besonders wichtig. Wir werden die
321 Schließung kleiner Schulen nicht nur kritisch hinterfragen, sondern ggf. auch
322 rückgängig machen.

323 Wir stehen zur Zukunft des Gymnasiums und leistungsstarker Schulen zur
324 Vorbereitung auf das Berufsleben. Sie eröffnen den Menschen vielfältige
325 Berufs- und Lebenswege.

326 Schulen in freier Trägerschaft sind in gleicher Weise wie das Regelschulsystem
327 zu unterstützen. Bürokratische Hindernisse und Wartezeiten sind weiter
328 abzubauen.

329 Wer die Schule verlässt, sollte die Grundfertigkeiten, die ein Beruf erfordert,
330 erlernt haben. Erziehung kann nicht allein Sache der Kitas, der Schulen und der
331 Lehrer sein.

332 Die Idee der Inklusion kann von den Schulen nur dann umgesetzt werden, wenn
333 die Gesellschaft bereit ist, Inklusion auch zu bezahlen. Das bedeutet, dass die
334 Differenzierungsstunden, die z. T. gekürzt worden sind, unbedingt an die
335 Schulen zurückgegeben werden müssen. Verbindliche Doppelbesetzungen für
336 Integrationsklassen müssen gewährleistet sein, sonst gibt es nur Verlierer - die
337 Schwachen und die Starken, denen die Lehrkraft nicht gerecht werden kann Das
338 Inklusionskonzept greift diese Positionierung auf. Es wird laufend durch
339 Initiativen der LTF umgesetzt.

340 Sozial- und Gesundheitslehre sollte ein fester Bestandteil des Schulunterrichts
341 sein. Im Kindesalter beginnende soziale und gesundheitliche Defizite sind
342 vielfach häufig die Ursache für daraus resultierende Probleme im Sozial- und
343 Lernverhalten.

344 Die Herkunft und der finanzielle Hintergrund der Studierenden darf nicht dazu
345 führen, dass der enge zeitliche Rahmen der neuen Studiengänge nicht oder
346 kaum eingehalten werden kann.

347

348 d. Grundversorgung

349 Im Bereich der Grundversorgung ist es Aufgabe der Politik sicherzustellen, dass
350 die Grundversorgung mit allen notwendigen Gütern wie Strom, Wasser, Gas,
351 ÖPNV und Müllentsorgung gegeben ist.

352 Wir als CDU Schleswig-Holstein lassen uns dabei vom Grundsatz leiten, dass
353 die Leistungserbringung unabhängig von der jeweiligen Form Versorgungs-,
354 aber auch wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu folgen hat.

355 Die Menschen in unserem Land müssen sich darauf verlassen können, dass sie
356 zu vertretbaren Preisen mit Strom, Wasser, Gas und den Dienstleistungen des
357 ÖPNV versorgt werden. Das Angebot an günstigem Wohnraum gehört
358 ebenfalls hierzu.

359 Im ländlichen Raum sollte eine seniorenrechtliche Infrastruktur vorgehalten
360 werden.

361 Im Wohnungsbau wird immer deutlicher, dass sozial und frei finanzierter
362 Wohnungsbau unter vergleichbaren Rahmenbedingungen immer weniger
363 differieren. Dies auch, weil die Nebenkosten ein für Mieter wie Vermieter
364 immer wichtigerer Faktor geworden sind. Hinsichtlich der Bereitstellung
365 öffentlicher Mittel sind daraus Folgerungen zu ziehen.

366

367 e. Arbeit

368 Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen gemeinsam zum wirtschaftlichen
369 Wachstum bei. Soziale Marktwirtschaft ist auch Sozialpartnerschaft und Soziale
370 Balance.

371 Arbeitgeber und Arbeitnehmer erwirtschaften mit ihrer Arbeitsleistung
372 wirtschaftliches Wachstum. Die Teilhabe möglichst aller Arbeitswilligen und
373 Arbeitsfähigen am Arbeitsleben ist von besonderer Bedeutung für eine
374 gerechte und funktionierende Gesellschaft.

375 Die möglichst enge räumliche Nähe von Familie, Arbeit und Freizeit bleibt ein
376 familien-, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitisches Ziel.

377 Die optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Sicherheit des
378 Arbeitsplatzes, der bereits vorhandene bzw. sich abzeichnende
379 Fachkräftemangel, die Folgen der demographischen Entwicklung und die
380 Wertschätzung von Arbeit sind bestimmende Handlungsfelder.

381 Wir setzen uns für die Reduzierung von befristeten
382 Beschäftigungsverhältnissen ein. Das Regel-Arbeitsverhältnis soll ein
383 unbefristetes sein. Mindest- und Niedriglohn-Arbeitsverhältnisse müssen
384 kritisch begleitet und ggf. überprüft werden. Die Zahl der
385 Beschäftigungsverhältnisse mit geringen Löhnen und die der Minijobs sind
386 weiter am Ansteigen. Dem muss entgegen gewirkt werden.

387 Arbeit aus einer Vollzeit-Arbeitsstelle muss so entlohnt werden, dass davon
388 eine Familie ernährt werden kann. Dies gehört zum Gebot der Würde von
389 Arbeit. Der Mindestlohn hilft zur Verwirklichung dieses Zieles. Die
390 Tarifautonomie hat im Grundsatz Vorrang vor staatlichen Regelungen. Der
391 Grundgedanke des Mindestlohns beispielsweise ist nicht erst in der folgenden
392 Großen Koalition verankert worden. Er war im Grundsatz bereits auf dem
393 vorherigen CDU-Bundesparteitag beschlossen worden. Dies ist mit der Grund,
394 warum die Bundespartei bei der Bundestagswahl 2013 einen überzeugenden
395 Erfolg erreichte.

396 Die Teilhabe möglichst aller Arbeitswilligen und Arbeitsfähigen am
397 Arbeitsleben ist von besonderer Bedeutung für eine gerechte und
398 funktionierende Gesellschaft. Fordern und fördern bleibt die Basis. Vor allem
399 junge Menschen, die noch nicht den Weg in die Arbeitswelt gefunden haben
400 und Langzeitarbeitslose müssen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen
401 begleitet werden.

402 Seit 2005 ist die Zahl der Arbeitslosen in etwa halbiert worden. Neben der
403 Sicherung dieses bedeutsamen Erfolges müssen mehr Perspektiven und stabile
404 Arbeitsplätze für jene in den Mittelpunkt rücken, die auf dem Arbeitsmarkt
405 bislang keine oder keine allein ausreichende Grundlage für den
406 Einkommenserwerb gefunden haben. Nötig bleibt ein sozialer Arbeitsmarkt
407 vorzugsweise in kommunaler Verantwortung, um diesem Personenkreis gerecht
408 zu werden.

409 Der Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stellenwert. Dies
410 gilt auch für die Verhinderung von Mobbing und entspricht sozialer
411 Verantwortung im Arbeitsleben. Inklusion ist auch im Arbeitsleben möglich. Die
412 Idee der Inklusion kann zumeist aber nur dann umgesetzt werden, wenn die
413 Gesellschaft bereit ist, Inklusion auch zu bezahlen.

414 Privatisierungen sind nach angemessener Zeit auf ihre Auswirkungen zu
415 überprüfen. Leitbilder dürfen in Unternehmen und Verwaltungen nicht nur
416 aufgestellt werden, sie müssen auch entsprechend gelebt und bei Verstößen
417 sanktioniert werden.

418

419 f. Aktiv im Alter

420 Es muss eine berufliche Lebensplanung möglich sein, die es erlaubt, auch im
421 höheren Lebensalter einen den Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechenden
422 Arbeitsplatz zu finden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollen flexibler
423 entscheiden können, auch jenseits der gesetzlichen Altersgrenzen arbeiten zu
424 können. Daher unterstützt die CDU SH die Initiative der MIT und der
425 Bundestagsfraktion für eine flexiblen Renteneintritt.

426 **Ausreichendes Einkommen bzw. Entlohnung und die daraus mögliche**
427 **finanzielle Vorsorge ist deshalb der beste Schutz vor Altersarmut. Altersarmut**
428 **ist ein ernstzunehmendes Problem. Eine Stärkung der Erwerbsminderungsrente**
429 **und eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters liefern Bausteine hierzu.**

430 Mit einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit sollte einhergehen, dass mehr
431 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, die auf die spezifischen Bedürfnisse älterer
432 Menschen zugeschnitten sind. Altersgerechte Gestaltung der Arbeitswelt
433 begünstigt die volle Nutzung des Leistungspotentials der Menschen während
434 des gesamten Arbeitslebens, die bessere Erhaltung der Gesundheit, die
435 Erhöhung der Zufriedenheit durch Vermeidung von Über- und Unterforderung
436 und reduziert das vorzeitige Ausscheiden aus dem Arbeitsleben.
437 Lebensalterszeitkonten sind ein geeignetes Instrumentarium.

438 Da die einzelnen Betriebe häufig so spezialisiert sind, dass Arbeitsplätze für alle
439 Mitarbeiter nicht in geeigneter Form angeboten werden können, sind hier
440 gegebenenfalls überbetriebliche Ansätze zu entwickeln.

441 **Die abschlagsfreien Rente mit 63 ist nicht generationengerecht. Sie sollte**
442 **abgeschafft werden.**

443

444 g. Ehrenamt

445 Das Ehrenamt muss gestärkt, nicht geschwächt werden. Wohlklingende Worte
446 reichen nicht. In den steuerlichen Handhabungen für ehrenamtlich Tätige muss
447 es Veränderungen geben. Sie sind zu kompliziert geworden.
448 Aufwandsentschädigungen sind kein Lohn oder Einkommen. Sie sind auch kein
449 Motiv für ehrenamtliches Engagement, aber ihre Größenordnung muss
450 angemessen sein. Mit manchen jetzigen Regelungen und Auslegungen wird
451 weniger motiviert als demotiviert.

452 Auch wenn es noch vielfaches ehrenamtliches Engagement gibt, so ist
453 festzustellen, dass die zeitlichen Möglichkeiten, aber auch die Bereitschaft zur
454 Ausübung eines Ehrenamtes geringer werden. Dies ist auch für die CDU ein
455 Thema. Es berührt zudem den Kontakt seitens der CDU in gesellschaftliche
456 Bereiche nicht unwesentlich. Einst war das Ehrenamt eine „Domäne“ der CDU
457 in Schleswig-Holstein. Probleme und Entwicklungen „bekommt die Partei nicht
458 mehr so mit“, wie dies früher der Fall war. Die Bereitschaft zur Wahrnehmung
459 ehrenamtlicher Tätigkeit steigt meist bei Bürgern, wenn es um konkrete
460 Projekte geht und diese zeitlich begrenzt sind. Hier könnte ein Ansatz liegen,
461 um stärker zu ehrenamtlicher Arbeit zu motivieren.

462 Die Unterstützung und positive Begleitung des Ehrenamtes sind von großer
463 Bedeutung. Ehrenamt trägt gewichtig dazu bei, den Staat zu entlasten. Es ist
464 nicht nur durch anerkennende Worte und Urkunden zu belohnen. Notwendig ist
465 der Abbau bürokratischer Hemmnisse, wie z.B. Nachweispflichten.

466 Ehrenamtlich Tätige müssen beispielsweise auch bei der Bewältigung von
467 Rechtsfragen entlastet werden.

468

469 2) Innere Sicherheit, Datenschutz, Bürgerrechte

470 Welche Sicherheitsbedürfnisse werden die Menschen in Schleswig-Holstein in den
471 nächsten 10 Jahren an das Land stellen? Durch steigende Mobilität auf unseren
472 Landwegen, See- und Wasserstraßen mit der dadurch zunehmenden
473 internationalen Brückenfunktion werden sich die Sicherheits Herausforderungen für
474 Schleswig-Holstein stark verändern.

475 Objektive Sicherheit zu schaffen, ist vor dem Anspruch auf ein staatliches
476 Gewaltmonopol oberste Verpflichtung des Staates. Dieses muss dann auch effektiv
477 ausgeübt werden, um akzeptiert zu werden. Ein Ziel der CDU muss sein, die
478 Aufklärungsquoten zu erhöhen, Kriminalität nicht zu bagatellisieren und die
479 Strafverfolgung und Bearbeitung auch durch eine adäquate Ausstattung der
480 Justizbehörden zu beschleunigen.

481 Die CDU ist und bleibt die Partei, die für die Innere Sicherheit steht. Die
482 Entwicklung auf diesem Sektor in Schleswig-Holstein gibt zu erheblicher Besorgnis
483 Anlass. Dem Willen der Landesregierung, mehr als 120 Planstellen abzubauen,
484 Polizeistationen zu schließen und „einfache“ Delikte gar nicht erst mehr operativ
485 von Polizeibeamten bearbeiten zu lassen, tritt die CDU Schleswig-Holstein
486 entschieden entgegen. Sie hält einen Planstellenabbau bei der Polizei nicht für
487 vertretbar. Ortsnahe Polizeistationen sind nach wie vor die beste Gewähr für eine
488 effektive Präventions- und Aufklärungsarbeit der Polizei. Eine gute Orts- und
489 Personenkenntnis sind dafür unverzichtbar.

490 Nicht nur der NSA-Skandal hat deutlich gemacht, dass dem Schutz der Bürger vor
491 unzulässigen oder überzogenen Eingriffen des Staates eine hohe Bedeutung
492 zukommt. Datenschutz und Sicherung / Stärkung der Bürgerrechte müssen für die
493 CDU einen höheren Stellenwert als bislang haben.

494 Innere Sicherheit ist eine zentrale Aufgabe des Staates und muss den Bürgern
495 bestmöglichen Schutz geben. Der Staat hat aber auch gegenüber seinen
496 Polizeibeamten eine besondere fürsorgliche Verpflichtung. Die CDU will eine
497 Polizei, die als Partner der Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen Schleswig-
498 Holsteins spür- und sichtbar bleibt. Die Menschen müssen das subjektive
499 Empfinden haben, in einem sicheren Lebensumfeld zu leben. Die CDU unterstützt
500 darum sicherheitsfördernde Instrumente wie z.B. Videoüberwachung im
501 öffentlichen Raum. Auch muss eine Kombination von sozialpolitischen Maßnahmen
502 und ordnungsrechtlichen Maßnahmen - ggf. durch neue Rechtsgrundlagen -
503 ermöglicht werden.

504 Unsere Leitlinie sind verlässliche Perspektiven in der Dienstpostengestaltung mit
505 einer Basisbewertung in den Besoldungsgruppen A 7 - A 11.

506 In Schleswig-Holstein ist eine 2. Polizei-Einsatzhundertschaft notwendig. Der
507 Bedarf ist durch eine Vielzahl von Einsatznotwendigkeiten gegeben. Schon jetzt
508 besteht sie faktisch, geht aber zu Lasten der Präsenz in den Polizei-Stationen vor
509 Ort, weil von dort die Beamten für weitere Hundertschaften abzustellen sind.

510 Das Land muss die vom Bund vorgegebenen Voraussetzungen erfüllen, wenn es
511 weiter finanzielle Unterstützung des Bundes für die Bereitschaftspolizei in
512 Anspruch nimmt.

513 Die Ausstattung der Polizei muss mit den Anforderungen an ihre Arbeit
514 einhergehen. Bei der Sicherheit darf nicht gespart werden. Die Präsenz der Polizei
515 in der Fläche und in den Stadtteilen darf nicht geschwächt werden.

516 Die Bearbeitung von „einfachen“ Deliktsanzeigen muss weiter durch Polizei und
517 Kripo erfolgen. Die meist (selbstverständliche) Einstellung von Verfahren wie
518 Diebstählen und Einbrüchen nehmen wir nicht weiter hin.

519 Jeglicher Form von Kriminalität – ob in der realen Welt oder im Netz – müssen wir
520 konsequent, frühzeitig und gemeinsam begegnen. Die CDU muss für die
521 Beseitigung – auch empfundener – rechtsfreier Räume eintreten. Nach wie vor
522 handeln die Täter überwiegend regional und deswegen wollen wir die „Bündnisse
523 für Sicherheit“ in den Kreisen und kreisfreien Städten ausbauen. Diese entwickeln
524 auf der Basis von verlässlichen Dialog- und Entscheidungsstrukturen gemeinsame
525 Maßnahmenbündel der Prävention und Intervention für mehr Sicherheit. Der
526 Kampf gegen die Organisierte Kriminalität (OK) muss verstärkt werden. Dies
527 könnte auch eine Aufgabe des Verfassungsschutzes sein.

528 Dabei wird es zunehmend eine engere Verzahnung zwischen Themenfeldern der
529 inneren Sicherheit und sozialen Sicherheit im Sinne der Einbeziehung der sozialen
530 Lebensumstände der Menschen geben. Unsere besondere Verantwortung gilt den
531 jungen und den älteren Menschen in unserem Land. Durch den Auf- und Ausbau
532 eines Frühwarnsystems auf regionaler Ebene – orientiert an den
533 Entwicklungsstufen der Kinder und Jugendlichen – wollen wir das Abgleiten in
534 Kriminalität und Extremismus frühzeitig verhindern.

535 In unserer älter werdenden Gesellschaft wollen wir ein soziales Hilfsnetzwerk
536 aufbauen, damit die Menschen in unserem Land in Sicherheit und Würde älter
537 werden können. Mit dem Grundsatzpapier des CDU-Landesfachausschusses „Mit
538 Sicherheit in die Zukunft – besser leben in Schleswig-Holstein“ werden wir einen
539 breiten Dialog sowohl mit unserer Parteibasis als auch mit den Menschen in
540 unserem Land führen. Denn Sicherheit geht uns alle an.

541 Das von der CDU-Landtagsfraktion im Juni 2011 verabschiedete 10-Punkte-
542 Programm im Umgang mit jugendlichen Intensiv- und Gewalttätern ist
543 umzusetzen. Dazu zählen: Strafe muss schnell erfolgen, konzeptionelle Grundsätze
544 sind Prävention und Sanktion, Jugendarrest, das Erwachsenenstrafrecht darf bei 18
545 – 21 Jährigen nicht die Ausnahme sein.

546 Die Rechte der Bürger gegenüber Regierung und Verwaltungen sind zu erweitern.
547 Die Bürger sind der Souverän. Für sein Recht streiten zu können, sollte zum Beispiel
548 auch ohne größeren Kostenaufwand möglich sein.

549 In den Verwaltungen sollte ein Bürger-Controlling geschaffen werden. Vertreter
550 aus Parlament und Regierung sollten Anliegen in einer gemeinsamen Kommission
551 beraten können. Die jeweiligen Verantwortlichkeiten bleiben unberührt.

552 Verwaltungsbescheide sind in einer verständlichen Sprache zu erteilen. Der Abbau
553 von Bürokratie und die Stärkung von Rechten der Bürger muss zunächst bei der
554 Vielzahl der Vorschriften ansetzen, da dort Bürokratie entsteht.

555 Bürger sollten die Möglichkeit haben, einfache Steuererklärungen direkt im
556 Finanzamt abgeben und sogleich erledigen zu können.

557 Zeitiges Eingehen auf berechtigte Anliegen kann Verwaltungsarbeit vermeiden. In
558 Ministerien und Behörden sollte ein Mitarbeiter direkt für Bürger ansprechbar sein.

559

560 3) Haushalt und Finanzen, Wirtschaft, Umwelt, Energie

561 Richtschnur unserer Finanzpolitik ist: Jede Generation muss die vor ihr liegenden
562 Aufgaben grundsätzlich aus eigener Kraft bewältigen. Eine Politik der Verschuldung
563 zu Lasten künftiger Generationen lehnen wir ab. Nur so können unsere Kinder und
564 Kindeskiner ihre Zukunft nach ihren Vorstellungen gestalten. Dabei darf aber
565 nicht vergessen werden, dass noch nie mehr Mittel für Bildung und Soziales zur
566 Verfügung standen.

567 Schleswig-Holstein ist mit der Einführung der Schuldenbremse seiner aktuellen,
568 aber auch seiner Generationen-Verantwortung gerecht geworden. Die ist ein
569 Ergebnis der erfolgreichen Konsolidierungspolitik der CDU. Die derzeitige rot-grün-
570 blaue Landesregierung verlässt diesen Weg.

571 Deshalb wird die CDU sich dafür einsetzen, dass der 2010 eingeschlagene
572 Konsolidierungskurs konsequent fortgesetzt wird. Die auf Initiative der CDU in die
573 Landesverfassung aufgenommene Schuldenbremse legt fest, dass Schleswig-
574 Holstein ab 2020 nur noch so viel Geld ausgeben darf, wie das Land einnimmt. Um
575 dieses Ziel zu erreichen, muss das strukturelle Haushaltsdefizit jedes Jahr um 10
576 Prozent reduziert werden. Auch das gibt die Schuldenbremse vor. Diese
577 Verfassungsnorm bindet alle Landesparlamente. Spätestens ab 2020 wird die CDU
578 darauf dringen, den bis dahin voraussichtlich auf über 30 Milliarden Euro
579 angewachsenen Schuldenberg zu tilgen. Bis dahin ist es noch ein langer Weg. Die
580 Einnahmen müssen durch die Steigerung der Attraktivität Schleswig-Holsteins und
581 ein investitionsfreundliches Klima verbessert werden, die Ausgaben konsequent
582 den Einnahmen angepasst werden. Förderprogramme sollten konzentriert werden.
583 Weitere Einsparpotentiale gilt es bei den Personalausgaben auszuschöpfen.
584 Staatliches Handeln ist auf die Kernaufgaben des Staates zu beschränken. Zudem

585 sollte die doppische Buchführung im Landeshaushalt eingeführt werden und
586 Rückstellungen für kommenden Personal- und Versorgungsverpflichtungen
587 geschaffen werden. In Form eines Staatsvertrages von Bund und Ländern mit einem
588 verbindlichen Tilgungsplan über die nächsten 50 Jahre sollte ein gemeinsamer
589 Altschuldenpakt eingeführt werden.

590 Zur Diskussion um die Generationen-Verantwortung gehört allerdings auch, dass
591 noch nie so hohe Unterstützungen/Förderungen für Kindertagesstätten, Schulen,
592 Ausbildung und andere Hilfen wie in dieser Zeit geleistet wurden.

593 Schuldenbremse darf aber auch nicht bedeuten, politische Gestaltungsdiskussionen
594 gar nicht erst mehr zu führen. Dies gilt besonders auch im kommunalen Bereich.

595 Dazu zählen die Kosten für Verwaltungsarbeit, aber auch die Fragestellung, wo
596 gesetzliche Regelungen, Erlasse, Satzungen u. a. wirklich notwendig sind. Zu starke
597 Bürokratie kann in unterschiedlichen Ursachen begründet sein. Diese
598 herauszuarbeiten und in konkretes Handeln mit dem Ziel von Veränderungen zu
599 bringen, ist eine künftige Aufgabe.

600 Unser Land braucht ebenso sehr leistungsfähige und finanziell gesunde
601 Kommunen. Es ist die Aufgabe des Landes, die Kommunen finanziell so
602 auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können, ohne sich selbst zu
603 verschulden. Deshalb brauchen wir eine vernünftige Reform des
604 Finanzausgleichsgesetzes. Nicht die kommunalen Ausgaben, sondern vorrangig die
605 kommunalen Aufgaben müssen Gegenstand einer gründlichen Analyse sein. EU,
606 Bund und Land sind aufgefordert, ihre Vorgaben auf den Prüfstand zu stellen. Die
607 großen Städte müssen besser mit Finanzmitteln ausgestattet werden, aber nicht zu
608 Lasten der Kreise und Gemeinden. Der jährliche Eingriff in den Finanzausgleich in
609 Höhe von 120 Millionen Euro darf nicht länger fortgeführt werden.

610 Der Bund hat in der Vergangenheit viel für die finanzielle Entlastung von Land und
611 Kommunen getan und wird aufgefordert, diesen Weg auch in Zukunft weiter zu
612 gehen (z.B. Finanzierung des BAföG, höhere Bundesbeteiligung für Kosten der
613 Unterkunft, Zunahme des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer, finanzielle
614 Entlastungen für den Ausbau der Kinderbetreuung). Wir werden dafür sorgen, dass
615 die Entlastungen auch dort ankommen, wo sie gebraucht werden: in den
616 Kommunen.

617 In der Steuerpolitik ist der Abbau der „Kalten Progression“ die derzeit wichtigste
618 Maßnahme, um Familien zu fördern und steuerlich vor Überbelastungen zu
619 bewahren.

620 Der staatliche Eingriff in das Finanz- und Bankenwesen ist dort gerechtfertigt und
621 nötig, wo es um den Schutz des wirtschaftlichen Gesamtsystems geht und damit
622 um die Interessen der einzelnen Menschen.

623

624 Die CDU Schleswig-Holstein ist eine Volkspartei, die beste Voraussetzungen für
625 eine erfolgreiche und solide wirtschaftliche Lage in unserem Land schaffen will. Ein
626 Erfordernis dafür ist die gute Mobilität der Menschen und Unternehmen in
627 Schleswig-Holstein. Wir brauchen eine gute Infrastruktur, die sich den wachsenden
628 Anforderungen des Verkehrs auf Straße, Wasser sowie Schiene und im Breitband-
629 und Datenschutzbereich anpasst. Die Union steht für nachhaltige Politik im
630 Einklang von Umwelt und wirtschaftlichen Erfordernissen.

631 Im wirtschaftlichen Bereich sollte die CDU ein besonderes Augenmerk auf die
632 klein- und mittelständische Wirtschaft legen. Die Sorgen inhabergeführter Betriebe
633 sind zum Teil anders als die von Konzernen.

634 Zu den Kern-Kompetenzen der CDU gehört zum Beispiel auch der Natur- und
635 Umweltschutz. Leider wurde vieles auf diesem Feld früher der SPD, dann vor allem
636 den Grünen überlassen. Die CDU muss in der Zukunft erkennbar und offensiv
637 deutlich machen, dass der Schutz von Natur und Umwelt auch für sie ein
638 bedeutsames Thema ist. Die umweltpolitische Kompetenz wird einen wesentlichen
639 Baustein des Landtagswahlprogramms ausmachen.

640 Die Position der CDU im Land und der CDU-Landesgruppe im Deutschen
641 Bundestag gewährleistet einen stärkeren Schutz vor Fracking als die Position der
642 schleswig-holsteinischen Landesregierung im Bundesrat.

643 Die Energiekosten der kommenden Jahre werden eine Herausforderung für die
644 Unternehmen und Privathaushalte bleiben. Die Energiepolitik hat sich an den
645 Eckpfeilern von Energie zu bezahlbaren Preisen, ein Höchstmaß an Einsatz neuester
646 technologischer Möglichkeiten, sowie eine hochgradig Ressourcen schonende
647 Nutzung zu orientieren. Gewinnorientierung ist nicht das alleinige Gebot. Umwelt
648 und Natur müssen möglichst weitgehend mit der Energiepolitik in Einklang stehen.

649 Technologische Entwicklung und Förderung der Erdwärme und Solartechnik und
650 Wasserkraft müssen vorangetrieben werden. Effiziente Einlagerungssysteme und
651 Speichertechnologien sollten weiterentwickelt werden, um Erzeugung und
652 Verbrauch besser aufeinander abzustimmen. Hierzu gehören beispielsweise
653 Pumpspeicherwerke oder Hydridspeicher. Erneuerbare Energieträger müssen
654 dezentral ausgebaut werden. Nachwachsende Energieträger dürfen nicht Vorrang
655 vor der Verwendung als Nahrungsmittel haben (Getreide, Rapsöl). Die Effizienz der
656 Windenergie muss gesteigert (Repowering) und die bedarfsgerechte Nutzung
657 durch Speichersysteme ermöglicht werden. Produktionsprozessen und private
658 Nutzung müssen an temporäre Stromerzeugung angepasst werden. Entwicklung
659 und Verbesserung von Energiespartechnologien (z.B. Standby-Verbrauch
660 minimieren, Glühlampen ersetzen) müssen stärker betrieben werden.

661 Kommunen sollen ihre Möglichkeiten und ihre führende Rolle einer ergänzenden
662 dezentralen Versorgung ausschöpfen (Fernwärme, Blockheizkraftwerke mit Kraft-
663 Wärmekopplung).

664 Der Energieverbrauch der Autos soll durch einen praxisnahen Verbrauchsstandard
665 transparent gemacht werden. Eine CO2 Steuer ist als erster Schritt begrüßenswert,
666 greift jedoch zu kurz. Langfristig sollte eine Energieeffizienzsteuer angestrebt
667 werden, die zum Beispiel auch den Wirkungsgrad berücksichtigt.

668 Die Ausweisung von 1,5 Prozent der Landesfläche für erneuerbare Energien schon
669 2010 im Rahmen der Ausweisung des bis 2025 geltenden neuen
670 Landesentwicklungsplanes war und bleibt richtungweisend. Dies ist ein
671 vernünftiger Kompromiss zwischen Energieanforderungen und dem Landschafts-
672 und Naturschutz.

673

674

675 Hinweis:

676 Dieser Antrag ist aus vier Anträgen zum Landesparteitag entstanden, die
677 thematisch zusammengefasst wurden. Nach Beschluss auf dem Landesausschuss
678 werden notwendige redaktionelle Anpassungen vorgenommen werden.

679

680 Farben:

681 Thesenpapier „Volkspartei CDU – wir für morgen“

682 CDA-Antrag „CDU Schleswig-Holstein – die Lage analysieren und Folgerungen
683 ziehen“

684 CDA-Antrag „Schleswig-Holstein weiterdenken – Positionen für eine bessere
685 Politik in Schleswig-Holstein“

686 Junge Union